

# Casino-Mentalität mit Folgen

## Wegen hochriskanter Zinswetten droht vielen Kommunen der Finanz-Kollaps

**Dresden. Vielen Kommunen im Freistaat steht das Wasser bis zum Hals. Grund ist der laxe Umgang der Stadtkämmerer mit hochriskanten Zinswetten, sogenannten Swaps. Folge der Casino-Mentalität: Das kleine Flöha ist bereits pleite, anderen – wie Falkenstein oder Riesa – droht dasselbe Schicksal. Mittlerweile schlägt das Innenministerium Alarm, rät per dringendem Appell zu rechtlichen Schritten. Die Linke will die Zockerei der Kommunen generell verbieten.**

Von JÜRGEN KOCHINKE

Das Schreiben ist sachlich in der Wortwahl, im Kern aber hart wie selten. „Viele Kommunen setzten in der Vergangenheit Zinsderivate ein, um ihr Zins- und Schuldenmanagement zu optimieren“, lautet der Satz ganz am Anfang. Dann aber kommt die Warnung: Dieses Ziel werde keineswegs immer erreicht. Denn die Finanzprodukte seien oft so komplex, dass die „Anleger die Struktur und damit einhergehende Risiken nicht einschätzen“ könnten. Was da ein wenig nach Börsenspekulation oder Crash einer Landesbank klingt, ist in Wahrheit ein amtlicher Appell. Autor ist das CDU-geführte Innenministerium, der Brief ging an die Gemeinden im Freistaat. Tenor: Das Verlustrisiko der Zockerei auf Steuerzahlerkosten sei gravierend – im Extremfall „ruinös“.

### Beim CMS-Deal verzockt

Für einige Kommunen in Sachsen ist dieser Fall längst bitterernste Realität. Das knapp 10 000 Einwohner zählende Städtchen Flöha im Landkreis Mittelsachsen steht aktuell mit über 8,4 Millionen Euro im Minus. Zwar läuft die Zinswette, die die Kommune unter dem harmlosen Titel „CMS Memory Swap“ 2007 eingegangen ist, noch bis 2024. Doch ab dem kommenden Jahr zahlt die Stadt bei den Zinsen drauf. Und Flöha ist kein Einzelfall. Arg gebeutelt ist auch Reichenbach

in der Oberlausitz. Der Ort mit seinen 3900 Einwohnern hat sich ebenso auf einen CMS-Memory-Deal eingelassen – und gnadenlos verzockt. Unglaubliche 20,4 Millionen Euro Miese beträgt der Marktwert des Hochrisiko-Geschäfts derzeit. Wenn dies fällig wird, gehen in der Kommune die Lichter aus.

Das will das Innenressort vermeiden. So verweist es in dem Schreiben auf ein aktuelles Urteil des Bundesgerichtshofs vom 22. März, in dem sich die Richter auf die Seite der Kunden, hier der Gemeinden, geschlagen haben. Vor allem haben sie die Beratungspflichten der Banken verschärft. Folge: Wer über die Hochrisiko-Deals im Vorfeld nicht klar und verständlich informiert hat, hat ein Problem. Der Rat des Innenministeriums ist eindeutig: Betroffene Kommunen in Sachsen sollten rechtliche Schritte prüfen, Schadensersatzanspruch heißt das normalerweise. Wer dies aber nicht tue, so lautet

die amtliche Drohung, setze sich dem „Vorwurf der Untreue durch Unterlassen“ aus.

Das zumindest kann dem Landkreis Mittelsachsen nicht passieren. Als Erster ging Landrat Volker Uhlig (CDU) in die Offensive und verklagte die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) wegen „nicht ausreichender Beratung“. Die Vorgeschichte reicht ins Jahr 2006, als der damalige Landrat Andreas Schramm (CDU) sich ein Darlehen über rund fünf Millionen hat aufschwätzen lassen. Dies war aber an einen CMS Memory Swap gekoppelt. Doppelte Folge: Erst sparte der Kreis in der Tat Zinsen, seit der Wirtschaftskrise aber zahlt er erheblich drauf. Einem Plus von einst 100 000 Euro steht aktuell ein Minus von 280 000 gegenüber. Im kommenden Jahr sind bereits 800 000 Euro eingeplant. Auch kommunale Betriebe haben sich verspekuliert: So haben die Kommunalen Wasserwerke Leipzig

(KWL) unter ihrem Chef Klaus Heininger, der inzwischen wegen Bestechlichkeit verurteilt worden ist, ein dickes Minusgeschäft eingefahren. Momentan liegt der Saldo bei 14 Millionen Euro – eine Aussicht, dass dieser jemals ins Plus kommt, besteht so gut wie nicht. Die KWL haben eine Klage gegen die zuständige Bank eingereicht.

Zusätzlich pikant wird die Angelegenheit, da es sich bei den Geldgebern häufig genug um öffentlich-rechtliche Institute handelt, Landesbanken oder Sparkassen vor allem. Im Falle von Flöha waren es die Landesbank Sachsen sowie die Kreissparkasse Mittelsachsen. Das will die Linke im Landtag nicht akzeptieren. Ihr Finanzexperte Sebastian Scheel, der kürzlich eine Anfrage zum Thema an die Regierung gestellt hatte, meint: „Ich habe kein Verständnis dafür, dass sich die Zockermentalität selbst in öffentlichen Geldinstituten breitgemacht hat.“

### Explodierende Zinsen

Darauf zielt auch der Antrag der Linken, der in Kürze im Plenum behandelt werden soll. Tenor: Den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten müsse der Deal mit hochriskanten Zinsderivaten auf kommunaler Ebene untersagt werden. Dazu gehöre ein Gesetzesentwurf auf den Tisch des Hohen Hauses. Darüber hinaus müsse bei der Landesdirektion ein sogenanntes Kompetenzzentrum Kommunale Zinsderivate eingerichtet werden, das den betroffenen Kommunen zur Seite steht.

Unabhängig davon existiert im Freistaat bereits eine Gesellschaft, die sich mit genau diesen Problemlagen beschäftigt. Sachsen Asset Management GmbH heißt sie und sitzt in Leipzig. Dort können Gemeinden ihre komplexen Zinsgeschäfte durchrechnen lassen – samt Risiken. Denn einige dieser scheinbar lukrativen Ansätze zur Schuldentilgung können am Ende zum Fiasko werden, wegen explodierender Zinsen. Krisenszenarien von bis zu 300 Prozent im Jahr sind da laut Expertenmeinung nicht ausgeschlossen.

## HINTERGRUND

### Von Riesa bis Flöha

Schon der Rechnungshof hatte in seinem aktuellen Jahresbericht Kritik an den Hochrisiko-Deals der sächsischen Kommunen geübt. Zinsderivate, so das Ergebnis der Finanzkontrolleure, seien extrem spekulativ und zum Schuldenabbau weitgehend ungeeignet. Neben Reichenbach hatten sich die Prüfer auf Riesa und den Landkreis Leipzig konzentriert.

– Die Stadt **Riesa** muss laut Innenministerium mit einem Gesamtrisiko von aktuell über sieben Millionen Euro leben.

– Betroffen ist ebenso die Leipziger Region, wenn auch in geringerem Ausmaß. Beim **Kreis Leipzig** beträgt das Risiko knapp 500 000 Euro. Im Falle **Nordsachsens** sind es derzeit 3,4 Millionen, im Falle von **Delitzsch** 1,7 Millionen.

– Gravierender sind da schon die Werte im Vogtland. Bei **Falkenstein** liegt die Zinswette mit 5,9 Millionen im Minus. Wenig

komfortabel ist auch die Lage in **Dippoldiswalde**, wo ein sogenannter Digital Memory Swap mit minus 1,5 Millionen in den Büchern steht.

– In der 3500-Seelen-Gemeinde **Radibor** im Landkreis Bautzen liegt der Risiko-Deal bei aktuell minus vier Millionen. In **Großschönau** im Landkreis Görlitz beträgt das Minus 1,3 Millionen.

Überhaupt befinden sich die meisten Zinsderivate mehr oder weniger im Minus. Ob dies bei Fälligkeit noch so sein wird, ist offen. Allerdings spiegelt das ministerielle Papier nicht das gesamte Ausmaß des Dilemmas. Denn es listet nur jene Werte auf, die die Kommunen selbst geliefert haben. Und vor allem: Die Deals jener Städte, die ihre Geschäfte gern über Kommunal-Unternehmen in Privatrechtsform abwickeln, tauchen gar nicht auf – aus Gründen des Geschäftsgeheimnisses. J. K.